



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

über die
6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 05.12.2018
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Jens Behrens

Abg. Kurt Buck

Abg. Lothar Cordts

Vertretung für den Abgeordneten Lars Rosebrock

Abg. Wolfgang Harling

Abg. Gerhard Holsten

Abg. Ursula Hoppe

Abg. Volker Kullik

Vertretung für den Abgeordneten Klaus Manal

Abg. Ingolf Lienau

Abg. Gerhard Oetjen

Abg. Dr. Klaus Rinck

Abg. Bernd Sievert

Abg. Rainer Sommermann

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann

KR Sven Höhl

Dipl. Kfm. Axel Bolz

VA Rainer Bruns

VA Annette Panzer

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Klaus Brodersen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Finanzausschusses am 30.10.2018
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Antrag zum Breitband- und Mobilfunkausbau der CDU/WFB/FDP-FW-Gruppe vom 19.11.2018
Vorlage: 2016-21/0623
- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 und Stellenplan 2019
Vorlage: 2016-21/0622
- 7 Jahresabschluss 2017
 - a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2017 des Landkreises und der Nettoeregietriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
 - b) Entlastung des Landrates
 - c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2017Vorlage: 2016-21/0625
- 8 Gesamtabschluss 2016
Vorlage: 2016-21/0624
- 9 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 10 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Lienau eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Vertreter der Verwaltung sowie der örtlichen Presse. **Vorsitzender Lienau** stellt fest, dass der Finanzausschuss nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorgenannter Reihenfolge festgestellt.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Finanzausschusses am 30.10.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Landrat Luttmann teilt mit, dass er keine Berichte vorzutragen habe.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Antrag zum Breitband- und Mobilfunkausbau der CDU/WFB/FDP-FW-Gruppe vom 19.11.2018**
Vorlage: 2016-21/0623

Abg. Dr. Rinck trägt den Antrag der CDU/WFB/FDP-FW-Gruppe zum Breitband- und Mobilfunkausbau vor mit der Ergänzung, dass die Kostenübernahme für alle Projekte seit 2016 erfolgen solle. Dadurch werde eine größere Gerechtigkeit unter den Kommunen erreicht; diese Sichtweise wird durch die **Abg. Hoppe** unterstützt.

Kreisrat Höhl erläutert nochmals den derzeitigen Stand des Breitbandausbaus.

Abg. Harling bedankt sich ausdrücklich beim Landkreis für die Unterstützung der Gemeinden beim Breitbandausbau. Für ihn ist es jedoch nicht nachvollziehbar, dass diese Aufgabe der Daseinsvorsorge von den Kommunen wahrzunehmen sei. Da die Finanzierung für kleinere Gemeinden oft nur sehr schwer zu leisten sei, beantrage er im Namen seiner Fraktion, dass der Landkreis den kommunalen Anteil zu 100 Prozent übernehme.

Die folgende Diskussion, an der sich die **Abg. Dr. Rinck, Behrens, Cordts** und **Harling** beteiligen, kommt zu dem Ergebnis, dass, egal welche Förderung erfolgt, noch „weiße Flecken“ bleiben werden, die es nach Beendigung des nächsten Ausbaus schrittes zu erfassen gilt.

Vorsitzender Lienau betont, dass der Breitbandanschluss auch für die älteren Mitbürger viele Vorteile biete.

Der Antrag des Abg. Harling, den kommunalen Anteil vollständig durch den Landkreis zu übernehmen, wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Vorsitzender Lienau stellt den Antrag der CDU/WFB/FDP-FW-Gruppe mit der Ergänzung, dass der kommunale Eigenanteil für Projekte ab 2016 zu 50 Prozent übernommen werde, zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Zur Beseitigung der verbliebenen weißen Flecken im Kreisgebiet wird den Kommunen das Angebot unterbreitet, auf Basis des laufenden Bundesförderprogramms für die noch verbliebenen knapp 5.000 Haushalte mit weniger als 30 MBit/s bei Bund und Land einen Ausbauantrag zu stellen. Der Landkreis übernimmt dabei 50 Prozent des kommunalen Eigenanteils für alle Projekte seit 2016.

2. Der Kreistag unterstützt die Entwicklung einer "Gigabitstrategie" für den Landkreis Rotenburg. Ziel ist die flächendeckende Verfügbarkeit von mindestens 1 GBit/s. Der Landrat wird gebeten, den Entwurf einer solchen Strategie zu erarbeiten und dem Kreistag zusammen mit einem Vorschlag zur Bereitstellung von notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen vorzulegen.
3. Um den Abbau der zahlreichen Funklöcher im Landkreis zu erleichtern, wird eine flächendeckende und möglichst präzise Darstellung des bisherigen Mobilfunkempfangs angestrebt. Der Landrat wird gebeten, dem Kreistag hierfür einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	5

Punkt 6 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 und Stellenplan 2019**
Vorlage: 2016-21/0622

Kreisrat Höhl erläutert zunächst die seit dem Finanzausschuss vom 30.10.2018 bekannt gewordenen Veränderungen zum Haushaltsplanentwurf 2019. Hier hätten sich insbesondere die Erstattungen für flüchtlingsbedingte Kosten der Unterkunft sowie die Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage aufgrund der Bekanntgabe der vorläufigen Grundbeträge ausgewirkt. Daraus ergebe sich ein Überschuss im Ergebnishaushalt von fast 4,0 Mio. €. Im Finanzhaushalt belaufe sich die Veränderung auf ca. 2,0 Mio. €, wobei der höchste Posten die notwendige Eigenkapitalerhöhung beim Nettoregiebetrieb Abfallwirtschaft mit 1,2 Mio. € darstelle. Kreisrat Höhl erläutert den Mitgliedern des Finanzausschusses die Funktion der Kreisumlage. Nach Auswertung der abgefragten Haushaltsdaten der Gemeinden ist die finanzielle Lage der Gemeinden insgesamt wie die des Landkreises als sehr gut zu bewerten. Der im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Kreisumlagehebesatz stellt einen guten Ausgleich der Finanzausstattung der Gemeinden und des Landkreises dar. Er berichtet vom Erörterungstermin zur Anhörung der kreisangehörigen Gemeinden zur Festsetzung des Umlagehebesatzes. Die Hauptverwaltungsbeamten hätten sich für eine höhere Senkung als 0,5 Prozentpunkte wie vorgesehen ausgesprochen.

Vorsitzender Lienau dankt Herrn Höhl für seine Ausführungen und bittet den **Abg. Harling** als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, für ihn die Sitzung zu leiten, da er für seine Fraktion zwei Anträge stellen möchte.

Im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt der **Abg. Lienau**, das die Schüler des Sekundarbereichs II (Gymnasien und berufsbildende Schulen, berufliches Gymnasium und Vollzeitberufsschüler) zukünftig kostenfrei den ÖPNV im Landkreis nutzen können und damit den Schülern der Sekundarstufe I gleichgestellt werden. Außerdem würde die Gleichstellung für Bedürftige eine Entlastung bringen und die „Bildungshürde“ reduzieren. Gleichzeitig sei mit einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens in Schulgebieten zu rechnen. Seine Fraktion rechne mit Kosten von etwa 0,5 Mio. €.

Dipl.-Kfm. Bolz ergänzt, dass die Kosten je nach Entfernung differieren würden, es könnte nach Schätzung des Fachamtes eine Mehrbelastung von bis zu 2,5 Mio. € entstehen. **Landrat Luttmann** erläutert die Entstehung der ungleichen Behandlung von Sekundarstufe I und II und schätzt die Kosten auf keinen Fall unter 1 Mio. €. Auf Nachfrage des **Abg. Sievert** erklärt der Landrat, der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr habe den Antrag ohne Empfehlung weitergeleitet. In der folgenden Diskussion, an der sich die **Abg. Behrens, Kullik, Lienau, Harling, Sievert, Dr. Rinck, Holsten** und **Cordts** beteiligen, kommt zum Ausdruck, dass der Antrag zwar einen guten Weg aufzeige, jedoch noch zahlreiche Kriterien ungeklärt seien. Von daher sei es sinnvoll, heute nicht über den Antrag abzustimmen. Der **stv. Vorsitzende Harling** schlägt als

Kompromiss vor, dass der Schulausschuss im nächsten Frühjahr über den Antrag berate nachdem Details und Kosten ermittelt worden sind. **Abg. Lienau** will rechtzeitig einen neuen Antrag stellen und zieht den Antrag für die heutige Sitzung zurück.

Des Weiteren beantragt der **Abg. Lienau** im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Mobilität für Einkommensschwache durch Einrichtung von 1 €-Tagestickets zu verbessern. Das 1 €-Ticket (pro Tag) für Hartz-4-Empfänger wäre ein erster und unbürokratischer Schritt zum Umlenken auf den Öffentlichen Nahverkehr und außerdem ein Beitrag, Menschen mit geringerem Einkommen die bessere Teilhabe am öffentlichen Leben u.a. auch bei der Arbeitssuche zu ermöglichen und eine Alternative zum Auto.

Auf Nachfragen ergänzt **Abg. Lienau**, dass das Ticket nur zu Tageszeiten gelten soll, in denen die Busse nicht ausgelastet sind. **Landrat Luttmann** erklärt, dass der Fachausschuss den Antrag seines Wissens abgelehnt habe. Im Landkreis seien unterschiedliche Verkehrsverbünde und Unternehmen tätig; eine unbürokratische Handhabung sei auf jeden Fall aus diesem Grund nicht möglich. Der **stv. Vorsitzende Harling** stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag auf Verbesserung der Mobilität für Einkommensschwache wird mit 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Vorsitzender Lienau übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Abg. Kullik beantragt, dass der Landkreis für die Unterstützung betroffener Kommunen zur Unterhaltung von Moorstraßen einen Härtefonds von 200.000 € bildet und entsprechende Kriterien für die Auszahlung entwickelt. Der besonders trockene Sommer habe zu außergewöhnlichen Schäden an Moorstraßen geführt und bei deren Beseitigung würde sich z.B. die Gemeinde Gnarnenburg überfordert sehen. **Abg. Buck** unterstützt den Antrag, da erst kürzlich viele Moorstraßen saniert worden und jetzt wieder betroffen sind. **Landrat Luttmann** weist darauf hin, dass der Antrag im Bauausschuss hätte beraten werden sollen. Die **Abg. Dr. Rinck, Holsten** und **G. Oetjen** sehen noch Beratungsbedarf insbesondere hinsichtlich der Verteilungskriterien. Daher wird der Antrag einvernehmlich ohne Beschlussempfehlung zur weiteren Beratung an den Kreis Ausschuss verwiesen.

Abg. Cordts beantragt, für das „Programm zur Gewährung einer Förderung des Aufbaus öffentlicher, halböffentlicher und privater Ladeinfrastruktur (LIS) im Landkreis Rotenburg“ in den Jahren 2019 bis 2021 jeweils 250.000 € bereitzustellen.

Abg. Hoppe erinnert daran, dass sich die Mitglieder des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses mehrheitlich einig waren, dass es weiteren Beratungsbedarf gäbe, der im nächsten Jahr zu klären sei. **Abg. Sommermann** unterstützt seine Vorrednerin. Es dürfe nicht nur mit einem Anbieter verhandelt werden und was nütze es, wenn es sich bei dem Strom der Ladestationen um Strom aus Kohlekraft handele.

Der Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für Ladestationen wird mit 4 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abg. Dr. Rinck beantragt im Namen der CDU/WFB/FDP-FW-Gruppe a) den Kreisumlagehebesatz einen halben Prozentpunkt niedriger als im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt auf 47 v.H. festzulegen und b) den Zuschuss an das Theater Metronom um 12.000 € auf 24.000 € zu erhöhen, wobei die erste Hälfte sofort bewilligt wird und die 2. Hälfte nach Prüfung der Erforderlichkeit und Freigabe durch den Kreis Ausschuss gewährt werden sollte. Der Vorschlag sei auf eine nicht mehr ausreichende Landesförderung zurückzuführen.

Die vorgeschlagene weitere Absenkung des Kreisumlagehebesatzes auf 47,0 v.H. entspreche zwar nicht in vollem Umfang den Wünschen der Gemeinden, stelle aber einen guten Ausgleich der finanziellen Ausstattung zwischen Landkreis und Gemeinden dar.

Abg. Sievert vermisst die vorherige Kommunikation zwischen den Fraktionen hinsichtlich einer Senkung des Kreisumlagehebesatzes. Die Kommunen müssten sich auf gleichbleibende Sätze einstellen können und der Landkreis dürfe Schuldenabbau und Krankenhausfinanzierung nicht aus den Augen lassen. **Landrat Luttmann** bestätigt, dass der Umlagesatz nicht jedes Jahr geändert werden sollte, letztendlich habe der Kreis jedoch eine Ausgleichsfunktion. **Abg. Harling**

erklärt, dass er heute nicht über den Antrag entscheiden könne, da auch weitere Faktoren wie z.B. die Investitionsausgaben berücksichtigt werden müssten.

Der Antrag des Abg. Dr. Rinck, den Kreisumlagehebesatz auf 47 v.H. festzulegen wird mit 6 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Abg. Cordts begrüßt den Antrag zur Erhöhung des Zuschusses für das Theater Metronom. **Abg. Holsten** erläutert die finanzielle Lage des Theaters näher.

Bei 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen wird dem Antrag, den Zuschuss für das Theater Metronom um 12.000 € auf 24.000 € zu erhöhen, zugestimmt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bringt der **Vorsitzende Lienau** den vorliegenden Haushalt 2019 einschließlich der beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Erlass der Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm und dem Stellenplan 2019 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	6

Abg. Cordts verlässt um 16.25 Uhr den Sitzungsraum.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2017**
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2017 des Landkreises und der Netcoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
b) Entlastung des Landrates
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2017
Vorlage: 2016-21/0625

Abg. Holsten berichtet von der am Vormittag stattgefundenen Sitzung des Prüfungsausschusses. Die Jahresabschlüsse und Prüfungsberichte mit der entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung sei intensiv durchgegangen worden. Sofern sich weitere Fragen ergeben hätten, seien diese von der Verwaltung erläutert worden. Er bitte daher namens des Prüfungsausschusses, der Vorlage zuzustimmen und den Landrat aus der Haushaltsführung zu entlasten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Lienau** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

a.) Beschluss über den Jahresabschluss:

Der Jahresabschluss des Landkreises Rotenburg (Wümme), der Netcoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst wird in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

b.) Entlastung des Landrates:

Der Kreistag beschließt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2017 die Entlastung zu erteilen.

c.) Beschluss über die Ergebnisverwendung:

Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 22.501.919,69 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 85.786,76 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Das ordentliche Ergebnis des Nettoeregietriebes Rettungsdienst in Höhe von 1.012.660,87 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt. Das außerordentliche Ergebnis des Nettoeregietriebes Rettungsdienst in Höhe von 27.412,07 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Der Jahresabschluss des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von 457.345,29 € ab. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 71.285,14 € wird zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet. Der restliche Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 386.060,15 € wird mit den geplanten Überschüssen der nächsten Jahre ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Gesamtabschluss 2016**
Vorlage: 2016-21/0624

Abg. Holsten erklärt, auch hier habe der Prüfungsausschuss einstimmig der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Gesamtabschluss 2016 wird in der vorliegenden Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Ab 16.29 Uhr nimmt Abg. Cordts wieder an der Sitzung teil.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

und

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 10 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Bereits unter Punkt 9 kommt zum Ausdruck, dass es keinen Bedarf an Anfragen und Berichten gibt. Daher schließt der **Vorsitzende Lienau** die Sitzung des Finanzausschusses um 16.30 Uhr.

gez. Lienau
Vorsitzender

gez. Luttmann
Landrat

gez. Panzer
Protokollführerin